

Stephanie Schloth

# Die Haftgründe der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat

Die §§ 112a, 112 Abs. 3 StPO unter besonderer  
Berücksichtigung neuerer Gesetzesänderungen und aktueller  
Entwicklungen im Bereich der Untersuchungshaft



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

## I. TEIL:

### GRUNDLAGEN

A. Einleitung	15
I. Anlaß der Arbeit	15
II. Die kriminalpolitische Diskussion um das geänderte Haftrecht	20
III. Darstellung bisheriger Untersuchungen und Aufbau der Arbeit	22
B. Rückblick auf die Entwicklung der Haftgründe der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat im deutschen Strafprozeßrecht	26
I. Die Untersuchungshaft in der Reichsstrafprozeßordnung (RStPO) vom 1. Februar 1877	26
1. Die Regelung der Untersuchungshaft in den §§ 112, 113 RStPO	27
2. Wiederholungsgefahr als Haftgrund	27
3. Die Schwere der Tat als Haftgrund	28
4. Fazit	29
II. Die Entwicklung bis 1933	30
III. Die Zeit des Nationalsozialismus	30
1. Kommission zur Erneuerung des Strafverfahrens	31
2. Konkrete Gesetzesänderungen in dem Bereich der Untersuchungshaft	31
a) Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934	32
b) Gesetz zur Änderung des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 28. Juni 1935	32
3. Exkurs: Das polizeiliche Verhaftungsrecht	35
4. Fazit	36
IV. Die Entwicklung bis zu dem Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit vom 12. September 1950	37
V. Die »kleine Strafprozeßreform« durch das Strafprozeßänderungsgesetz vom 19. Dezember 1964	38

1.	Die Entstehung des Gesetzes	38
2.	Die Änderungen in dem Bereich der Untersuchungshaft	39
3.	Die Einführung der Haftgründe der Wiederholungsgefahr (§ 112 Abs. 3 StPO) und der Schwere der Tat (§ 112 Abs. 4 StPO)	40
4.	Fazit	50
VI.	Der Beschluß des BVerfG vom 15. Dezember 1965	51
VII.	Das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7. August 1972	52
VIII.	Der Beschluß des BVerfG vom 30. Mai 1973	57
IX.	Das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18. August 1976	58
X.	Gesetzentwürfe und -änderungen Ende der achtziger Jahre	61
XI.	Das Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15. Juli 1992	64
XII.	Das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28. Oktober 1994	65
C.	Der statistische und empirische Bezugsrahmen der Haftgründe der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat	71
I.	Die allgemeine Entwicklung der Untersuchungshaft	71
II.	Die Haftgründe der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat	77

## 2. TEIL:

### KRIMINALPOLITISCHE DISKUSSION

A.	Die grundsätzliche kriminalpolitische Kritik an den Haftgründen der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat	89
I.	Ausgangslage	89
1.	Eingrenzung der Problemstellung und Zielsetzung	89

2. Zusammenfassung der grundsätzlichen kriminalpolitischen Einwände	90
II. Der Vorwurf der Affinität zu nationalsozialistischen »Vorläufern«	91
III. Die Gesetzesänderungen zu den Haftgründen der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat – Beispiele »symbolischen Strafrechts«?	96
IV. Kritik an den Tatbestandskonzeptionen	101
1. Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr	101
2. Der Haftgrund der Schwere der Tat	105
B. Die Einschätzung der Änderungen durch das VBG	108
I. Die Streichung der Regelvoraussetzung der Vorverurteilung bei dem Haftgrund der Wiederholungsgefahr	108
II. Die Ergänzung des Haftgrunds der Schwere der Tat durch die §§ 225, 307 StGB	115

### 3. TEIL:

#### RECHTSDOGMATISCHE FRAGEN

A. Die Haftgründe der Wiederholungsgefahr und der Schwere der Tat – Überlegungen zu der Frage ihrer systematischen Rechtfertigung	121
I. Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr – ein »Systemstörer«?	121
1. Fragestellung	121
2. Prävention und Repression – traditionell ein Unterschied	123
3. Präventive und repressive Maßnahmen – eine überzeugende Differenzierung?	123
a) »Prävention durch Repression« – Das »Präventionsparadigma«	124
b) Sinn und Zweck der Unterscheidung zwischen Prävention und Repression – Kritik an dem »Präventionsparadigma«	124
c) Die Verknüpfung von Prävention und Repression	127
d) Fazit	128
4. Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr als präventive Maßnahme	128
a) Einordnung des Haftgrunds der Wiederholungsgefahr	128

b)	Präventive Maßnahmen im materiellen und formellen Strafrecht	129
aa)	Ausgangslage	129
bb)	Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr – als »Vorbeuge-« bzw. »Sicherungshaft« Teil des Systems der Maßregeln der Besserung und Sicherung?	132
cc)	Fazit	134
5.	Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr – als präventive Maßnahme »eigener Art« jenseits des Ziels der Verfahrenssicherung?	135
a)	Fragestellung	135
b)	Möglichkeiten der Einbindung in das Ziel der Verfahrenssicherung	135
aa)	Ausgangslage	135
bb)	Verfahrensbezogenheit durch indirekte Normstabilisierung	136
cc)	Fazit	141
6.	Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr – richtig plazierte im Recht der Untersuchungshaft?	141
7.	Fazit	143
II.	Der Haftgrund der Schwere der Tat – ohne Funktion im Verfahren?	143
1.	Ausgangslage	143
2.	Einbindung in das Ziel der Verfahrenssicherung	144
3.	Fazit	145
B.	Die verfassungsrechtliche Problematik	146
I.	Die Entscheidungen des BVerfG vom 15. Dezember 1965 und 30. Mai 1973	146
1.	Weichenstellungen durch das BVerfG	146
2.	Kritik an den Beschlüssen des BVerfG	150
3.	Die Bindungswirkung der Entscheidungen des BVerfG	156
II.	Abschließende Diskussion ausgewählter verfassungsrechtlicher Aspekte	158
1.	Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr	158
a)	Gesetzgebungskompetenz	158
b)	Verhältnismäßigkeit	159
c)	Unschuldsvermutung	160
2.	Der Haftgrund der Schwere der Tat	162
3.	Die verfassungsrechtliche Validität der Änderungen durch das VBG	165

4. Fazit	168
C. Die tatbestandlichen Fassungen: Möglichkeiten der Präzisierung	169
I. Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr	169
1. Ausgangslage	169
2. Eine die Rechtsordnung schwerwiegend beeinträchtigende Straftat	171
3. Erhebliche Straftaten	179
II. Der Haftgrund der Schwere der Tat	182
III. Fazit	183

#### 4. TEIL:

##### MÖGLICHKEITEN EINER ALTERNATIVEN GESETZLICHEN AUSGESTALTUNG

A. Ausgangslage	187
B. Bisherige Lösungsvorschläge	189
C. Eigener Vorschlag für eine gesetzliche Fassung	191
I. Regelungsort	191
II. Gesetzliche Ausgestaltung	191
D. Ausblick	200
Zusammenfassung	202
Anhang	211
Literaturverzeichnis	217